

BRONSKIS WOCHE

Dies ist ein merkwürdiges Jahr, finden Sie nicht auch? Wir sind erschöpft von der Pandemie, gepackt von Hitze und Trockenheit, entsetzt über den Krieg in der Ukraine. Man merkt einerseits: Uns steht noch einiges bevor. Aber was hinter uns liegt, ist andererseits bereits nicht wenig. Was kommt da noch? Hoffentlich nicht nur Stress.

Für mich ist es nach meiner Rückkehr in die Arbeit nun Zeit, Urlaub zu machen. Während meiner Abwesenheit ruht das FR-Blog. Ich werde vertreten von einem Kollegen und zwei Kolleginnen. Am 19. September bin ich wieder für Sie da. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit, Zuversicht und hoffentlich viel Regen.

Schicken Sie uns bitte weiterhin derart engagierte Zuschriften, wie sie auch auf dieser Forum-Seite wieder zu lesen sind. Obwohl wir gewiss nicht alle veröffentlichen können: Diese Seite lebt von Ihnen, Ihren Perspektiven, Einsichten und Erfahrungen.

Ihr Bronski

Altkanzler ohne Büro

Zu: „Wacklige Klage“, FR-Meinung vom 13. August

Der offensichtlich „charakterlose“ Gerhard Schröder nutzt natürlich die Möglichkeiten des Rechtsstaates. Von einem Rechtsstaat kann Wladimir Putins Russland nur träumen, wie insbesondere die „politisch gesteuerte Rechtsprechung“ im Fall „Nawalny“ gezeigt hat. Zu Bedenken gibt allerdings, dass angeblich ein angesehener Rechtsanwalt aus Hannover Gerhard Schröders durchsichtige Machenschaften juristisch betreibt. Gerhard Schröder ist durch eigenes Verschulden hierzulande bedeutungslos geworden. Wofür soll die Allgemeinheit noch sein Büro und das Personal bezahlen.

Sollte er wider Erwarten vor Gericht obsiegen, ist ohnehin die Frage, wer mit ihm überhaupt noch zusammenarbeiten will. Glücklicherweise kann in unserem Rechtsstaat niemand dazu gezwungen werden.

Dieter Obst, Wiesbaden

Gib Gas mit Gras

Zu: „Nach dem Joint ans Steuer“, FR-Panorama vom 18. August

Eine Gleichbehandlung von Cannabis und Alkohol im Straßenverkehr ist sicher richtig, aber natürlich nicht im Sinne einer Anhebung des Grenzwertes für Cannabis sondern umgekehrt: Die Herabsetzung des Alkohollimits wäre auf null, wie Jonas Hurlin richtig schreibt. Warum das aber gesellschaftspolitisch nicht durchsetzbar sein soll, ist mir ein Rätsel. Vielleicht weil die Gesetzgeber auch gern mit Alkohol im Blut Auto fahren?

Jutta Peters, Frankfurt

Die Debatte über die Kernkraft ist völlig verstrahlt

Zu: „Die Zustimmung zur Atomkraft wächst“, FR-Politik vom 6. August, und „AKW-Weiterbetrieb ‚hochproblematisch‘“, FR-Wirtschaft vom 12. August

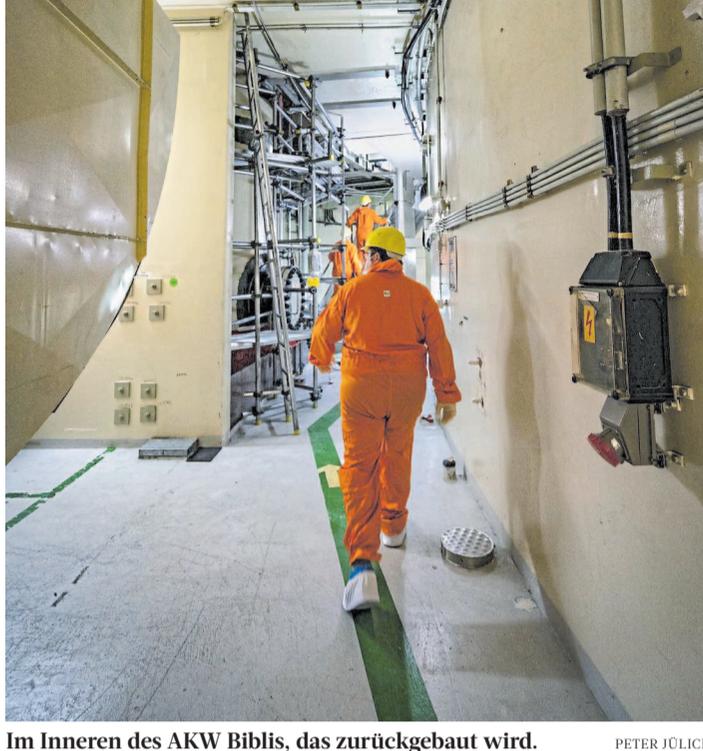
Fragen, auf die niemand eine Antwort hat

Mag ja sein, dass sich die AnhängerInnen von CDU, FDP, AfD gerne für dumm verkaufen lassen, aber eben nicht die gesamte Bevölkerung! Oder ist das alles schon Wahlkampf? Und wird da nicht auf neue, andere Mehrheitsverhältnisse geschickt? Dann käme endlich zusammen, was schon lange zusammen gehört!

Zu Beginn der Debatte äußerten sich die Energie-Versorger dahingehend, ein Weiterbetrieb wäre wirtschaftlich nicht darstellbar. Diese Aussage hat mich dann doch etwas verwundert. Im Laufe der Zeit kam mir der Gedanke, ob damit wohl der Preis für einen Weiterbetrieb in die Höhe getrieben werden soll. Dann lese ich: E.on gibt sich Gesprächsbereit. E.on betreibt noch das AKW Isar 2.

So langsam kommen die Atom-Lobbyisten aus den Hecken, werfen die (Des)Informations-Maschinerie an! Und geben sich so, als ob das alles reiflich überlegt und durchdacht ist! Klingt nach Verschwörungstheorien? Ja, aber glaubt denn wirklich noch jemand ernsthaft, dass das alles Zufall ist!?

Sicherheitsdefizite? Ungeklärte Endlagerstättensuche? Atomstrom ist billig (was falsch ist: Die Folgekosten unbezahlbar!) Klimaschutz (Atomstrom ist über die gesamte Kette betrachtet eben nicht CO2-neutral; zwar weniger als Kohle und Gas, jedoch deutlich mehr als bei Sonne-/Windenergie)! Und wie steht es mit dem „Kühlwasser bei der derzeitigen Großwetterlage? In Frankreich müssten eigentlich die AKWs abgeschaltet werden, da die Flüsse bereits zu wenig Wasser führen und zu warm sind, Das Problem wurde „elegant“ gelöst: „Ausnahmsweise“ darf das „Kühlwasser aus den AKWs dennoch in die Flüsse geleitet werden! Auch die Isar ist zu warm.



Im Inneren des AKW Biblis, das zurückgebaut wird.

PETER JÜLICH

Mir scheint, da sitzen infantile Erwachsene mit großen Augen und offenem Mund und starren auf ihre blinkenden, fiepsenden, leuchtenden, quietschenden Spielzeuge unterm Weihnachtsbaum! Was interessiert es uns, wenn unsere natürliche Umwelt kollabiert! Otto Gebhardt, Frankfurt

Jens Spahn und die Logik

Die Begründung zum Aufruf an die Grünen, die Sicherheitsbedenken bei Atomkraftwerken aufzugeben, ist von einem ehemaligen Gesundheitsminister verantwortungslos. Das Schönreden der Gefährlichkeit von nicht mehr vollständig gewarteten Atomkraftwerken durch den Vergleich mit der Gefährlichkeit von Energieabhängigkeiten ist inakzeptabel. Im einen Fall sterben bei Eintreten der Risiken tausende von Menschen, im anderen

müssen einige auf das Bad im privaten Swimmingpool verzichten oder Zuhause einen Pullover tragen.

Folgt man seiner Logik, hätte weder mein Fernseher jemals kaputt gehen dürfen, noch die Autobahnbrücke bei Genua einstürzen. Beide konnten tags zuvor noch problemlos genutzt werden. Oder wie ist es zu verstehen, dass Atomkraftwerke, die bis zum 31.12. als sicher gelten, dies auch noch am 1.1. sind. Wie sieht es denn mit der Sicherheit am 1.2. oder ein Jahr später oder im übernächsten Jahr oder in irgendeinem darauffolgenden Jahr aus? Mit seiner Logik kann sich diese nicht ändern, da ja bis zum jeweils vorigen Zeitpunkt auch nichts passiert ist.

Ich bin froh, dass in den gegenwärtigen Krisen viele, wenn auch nicht alle, Politikerinnen und Politiker in der Verantwortung sind, die sich nicht blauäugig

Interessenverbänden unterwerfen, sondern durch wohlüberlegtes Handeln ohne Hektik versuchen die Situation zu entschärfen.

Reinhard Jahraus, Lichtenstein

Nur nicht bei uns im schönen Bayern

Nach über 60 Jahren Atomverstromung lagert schwach- und mittelradioaktiver Atommüll in Zwischenlagern wie Gorleben, 600.000m³, das ist das Volumen von ca. 1.000 Einfamilien-Häusern, dazu fast 2.000 Castorbehälter hochradioaktiver Atommüll. Aber keiner weiß, wohin damit, keiner will ihn in Endlagern in seiner Erde haben!

CSU-Dobrindt und Bayernchef Söder wehrten schon vor 4 Jahren ab, in bayrischen Bergen nicht! Eben da wurde zwar im ersten AKW Atomstrom erzeugt und zu Geld gemacht, dort wird noch immer der meiste Atomstrom, also der meiste Atommüll, produziert. Aber nicht nur die Bayern, einige Parteien wollen das ebenso in ihren Wahlkreisen.

Atommüll ist schlimmer als Noahs Flut. Die war nach 40 Tagen zu Ende, Atommüll überdauert mehrere Millionen Jahre. Sind wir nicht schlimmste Egoisten, wenn wir Atommüll produzieren zulasten von Tausenden der Generationen nach uns, solange die Atom-Verdiener keine feste Endlager machen?

Hauptsache, wir haben Strom, um Gas zu ersetzen und uns geht es weiterhin gut, können als Überflusgesellschaft weiter die endlichen Ressourcen vergeuden, statt zum Beispiel Energie aus Wasserstoff zu fördern. Das ist keine „moralinsurre“ Frage, sondern der Verantwortung unserer Gesellschaft, vor allem für all die nach uns. Alle, die Atom befürworten, auch die Leserbriefler, sollten sich das selbst fragen.

Hans-Karl Ortmann, Hofheim

Leise Reaktionen auf laute Anschuldigungen

Zu: „Abbas rudert zurück“, FR-Politik vom 18. August, und „Scholz in Bedrängnis“, FR-Politik vom 19. August

Sprachloser Scholz

Die Aussage des Präsidenten der palästinensischen Verwaltungsbehörde, dass Israel seit seiner Gründung 50 Holocausts an Palästinensern verübt habe, war nicht zuletzt ein Affront gegen seinen deutschen Gastgeber, der wohl oder übel mit der historischen Schuld leben muss. Denn diese Überzeugung kann weder als Tatsachenbehauptung noch als Meinung durchgehen. Vielmehr ist sie Ausdruck einer primitiven Ideologie. Sie dient der Machterhaltung einer Clique in Ramallah, Gaza, Teheran und anderswo und deren Instrumentalisierung des palästinensischen Volkes. Dabei ist es unerheblich, ob der Staat Israel von klugen Politikern regiert wird oder von Hasardeuren, die zu kritisieren sind. Er bietet Juden nach dem

Holocaust einen sicheren Ort. Diese Dignität wiegt schwer. Erst recht in Deutschland.

Bundeskanzler Olaf Scholz hätte nicht nur durch zerknirschte Mimik sofort reagieren müssen, sondern auch mit klaren Worten. Da Olaf Scholz durchaus schlagfertig sein kann, stellt sich die Frage, ob er konfliktscheu ist. Seine relative Passivität gegenüber dem Widerling Putin legt diese Vermutung nahe. Ich stelle mir vor, wie Herbert Wehner auf den Bruch des Gaslieferungsvertrags reagiert hätte. „Düffeldoffel“ (ursprünglich Helmut Kohl zugeordnet) wäre mutmaßlich noch das harmloseste Etikett für Putin gewesen, „Führer der Russenmafia“ das wahrscheinlichste. Da Kanzler bzw. Kanzlerinnen der Bundesrepublik Deutschland nicht als stimmlose und passive Weise in die Geschichte

eingehen sollten, sondern als jederzeit Handelnde, erwarte ich Offenheit und klare Worte.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Auf die Definition kommt es an

Vielleicht wäre es für zahlreiche Journalisten angebracht, die international übliche Bedeutung dieses Begriffs zum Beispiel durch einen Blick in Webster's New College Dictionary zur Kenntnis zu nehmen. Dort finden sich unter dem Stichwort vier unterschiedliche Erläuterungen. Nur eine davon, die dritte, nennt den Genozid an den europäischen Juden sowie Roma und Sinti durch Nazis während des Zweiten Weltkriegs. Bei den drei anderen Erläuterungen geht es 1. um große oder völlige Zerstörung bes. durch Feuer, 2. ausgedehnte Zerstörungen oder katastrophales

Unglück und 4. eine rituelle Opferung durch Feuer. Da bekannt ist, dass Abbas die NS-Judenvernichtung als das schlimmste Verbrechen der Neuzeit bezeichnet hat, ist klar, dass er den Begriff in der ersten oder zweiten Bedeutung verwendete und keinesfalls eine Relativierung der NS-Verbrechen intendierte.

Da die von Deutschen betriebene Politik in der NS-Zeit einen wesentlichen Beitrag zur durch die gewaltsame Vertreibung mehrerer Hunderttausender Palästinenser hervorgerufene Situation beigetragen hat, stünde es uns gut an, in der kritischen Beurteilung palästinensischer Politik, in gewisser Weise analog wie auch in der israelischen Politik, zwar keinesfalls eine kritiklose Akzeptanz, aber doch ein gewisses Maß an reflektierter Zurückhaltung an den Tag zu legen.

Eckart Fookan, Kassel